

Risikokommunikation

Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz

Die Bundesregierung hat Anfang Januar 2016 den „Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2015“ als Unterrichtung für den Deutschen Bundestag (Bundestagsdrucksache 18/7209) vorgelegt. Darin wird erläutert, eine fundierte Risikoanalyse sei als Grundlage erforderlich, um die Frage ausreichend beantworten zu können, wie der Staat eine „bedarfs- und risikoorientierte Vorsorge- und Abwehrplanung im Zivil- und Katastrophenschutz“ gewährleisten könne. Diese Risikoanalyse diene der vorsorglichen und strukturierten Beschäftigung mit möglichen bundesrelevanten Gefahren und den bei ihrem Eintritt zu erwartenden Auswirkungen auf die Bevölkerung, ihre Lebensgrundlagen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Deutschland. Ziel sei die Erstellung eines möglichst umfassenden, vergleichenden Überblicks über unterschiedliche Gefahren und Ereignisse in Bezug auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und das bei ihrem Eintreten zu erwartende Schadensausmaß.

Seit dem Jahr 2012 wurden den Angaben zufolge fünf Risikoanalysen durchgeführt. Diese bezogen sich im Jahr 2012 auf die Gefahren beziehungsweise Ereignisse „Hochwasser“ und „Außergewöhnliches Seuchengeschehen“ sowie – im Jahr 2013 – „Wintersturm“. Es folgte 2014 die Risikoanalyse „Sturmflut“ und 2015 die Risikoanalyse „Freisetzung radioaktiver Stoffe aus einem Kernkraftwerk“. Aktuell werde die Risikoanalyse „Freisetzung chemischer Stoffe“ weiter ausgearbeitet, heißt es in der Vorlage. Für das laufende Jahr sei die parallele Bearbeitung einer Risiko-

analyse zum Thema „Gas-mangellage“ vorgesehen.

Als Ausgangssituation für die Risikoanalyse „Freisetzung radioaktiver Stoffe aus einem Kernkraftwerk“ wurde ein Freisetzungsszenario „FKA“ ausgewählt. Dieses Freisetzungsszenario war 2014 von der deutschen Strahlenschutzkommission (SSK) als neues Referenzszenario und damit als Grundlage für die besondere Katastrophenschutzplanung für deutsche Kernkraftwerke und solche ausländische Anlagen, die wegen ihrer grenznahen Lage besondere Planungsmaßnahmen erfordern, bestimmt worden. Das Szenario beschreibt eine Freisetzung von radiologisch relevanten Nukliden der Freisetzungskategorie A („FKA“) infolge eines „Dampferzeugerheizrohrbruchs mit von Wasser unbedeckter Leckstelle“ bei einem Druckwasserreaktor. Die Folgen seien in etwa mit denen des Unfalls in Fukushima Daiichi vergleichbar, wird erklärt. Circa 60 Prozent (im Sommer) bis ein Drittel (im Winter) der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Deutschland würden dadurch kontaminiert, heißt es. Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln könne deshalb nicht mehr in gewohntem Umfang erfolgen. Die Verbraucher würden bevorzugt auf nachweislich nicht belastete Lebensmittel, die aus nicht vom Unfall betroffenen Regionen stammen, zurückgreifen, soweit sie sich diese höherpreisigen Produkte leisten könnten.

Unter der Überschrift „Handlungsempfehlungen“ wird empfohlen, Voraussetzungen für die Bewältigung einer solchen Katastrophe zu schaffen. Weil diese bisher sämtlich nicht gegeben sind, ist die Bevölkerung im Falle einer Nuklearkatastrophe tatsächlich auf sich selbst gestellt.

Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht zur Risikoanalyse im Be-

völkerungsschutz 2015, Drucksache 18/7209 v. 4.1.2016
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/072/1807209.pdf>

Atompolitik

Die Umrüstung des Forschungsreaktors München wird weiter verzögert

Der Zeitpunkt der Umrüstung des Forschungsreaktors der Technischen Universität München auf Brennstoff mit abgesehenem Anreicherungsgrad ist weiterhin unklar. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung vom 21. Dezember 2015 (Bundestagsdrucksache 18/7133) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor.

Aktuell wird der Forschungsreaktor, die Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz (FRM II), mit hochangereichertem Uran betrieben. Bereits 2003 war zwischen dem Bund und dem Freistaat Bayern vereinbart worden, auf Brennstoff mit einem Anreicherungsgrad von höchstens 50 Prozent Uran-235 umzurüsten. Ursprünglich war geplant, die Umrüstung bis spätestens zum 31. Dezember 2010 zu vollziehen. Aktuell ist nun für die Umrüstung spätestens der 31. Dezember 2018 vereinbart, heißt es. Hintergrund seien Verzögerungen in der Forschung zu hochdichten Brennstoffen.

Laut Bundesregierung kann jedoch auch aktuell noch keine Aussage darüber gemacht werden, wann diese hochdichten Brennstoffe einsatzbereit sein werden. Solche Brennstoffe seien notwendig, damit nach der Umrüstung die Neutronenflussdichte des FRM II für die Forschung erhalten bleibt. Zwei Entwicklungsvarianten, UMo/Al-Dispersions-

brennstoff beziehungsweise monolithischer UMo-Brennstoff, würden aktuell erforscht. Es müssten aber in beiden Fällen noch „einige Herausforderungen“ bewältigt werden, schreibt die Bundesregierung. Mit Bezug auf eine Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst verweist die Bundesregierung auf eine geplante Analyse des Standes von Wissenschaft und Technik im Feld der hochdichten Brennstoffe im Laufe dieses Jahres. Danach solle dann der „frühestmögliche Zeitpunkt“ für eine Umrüstung benannt werden. Die Bundesregierung verweist darauf, dass zwischen Bund und Freistaat vereinbart sei, sich bis zum 31. Dezember 2016 darüber „zu verständigen“, ob eine Umrüstung bis zum 31. Dezember 2018 möglich erscheint.

Die Inbetriebnahme des Forschungsreaktors FRM II in München im Jahr 2003 mit hoch angereichertem, atomwaffenfähigem Brennstoff war weltweit einzigartig und seinerzeit wegen der Proliferationsgefahr international scharf kritisiert worden. Die Betriebsgenehmigung war unter der Auflage erteilt worden, daß der Reaktor spätestens 2010 auf nicht atomwaffentauglichen Brennstoff umgerüstet wird.

Keine Verzögerungen sind der Bundesregierung in Hinblick auf den ersten Transport abgeklungener Brennelemente aus dem FRM II bekannt. Dieser sei für das Jahr 2018 vorgesehen. Weitere Transporte seien bisher nicht geplant. Nach Darlegung des Herstellers der entsprechenden Castoren-Behälter solle die Fertigung im dritten Quartal 2016 beginnen. Erste Bauartprüfungen sind laut Antwort der Bundesregierung im 3. und 4. Quartal 2016 vorgesehen. Der Abschluss der verkehrsrechtlichen Prüfung sei für das 2. Quartal 2018 ge-

plant. Mit Bezug auf Angaben der Technischen Universität München gibt die Bundesregierung die Kosten für Entwicklung und Herstellung der Behälter mit 23,7 Millionen Euro an. Zwischengelagert werden sollen die Castoren in Ahaus. Insgesamt sei bei einer Betriebszeit von 40 Jahren mit rund 30 Behältern mit bestrahlten Brennelementen zu rechnen.

Deutscher Bundestag, Drucksache 18/7133 v. 21.12.2015,

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/071/1807133.pdf>

Der Reaktor in Garching darf unter Auflagen in Betrieb gehen, Strahlentelex 392-393 v. 1.5. 2003, S. 7.

www.strahlentelex.de/Stx_03_392_S07.pdf ●

Atompolitik

Die Nukleardebatte der NATO

Im Vorfeld des für Mitte dieses Jahres (2016) anberaumten NATO-Gipfels in Warschau diskutieren deutsche Militärs und Think-Tanks den Einsatz von Atomwaffen gegen Russland. Darauf weist die Textplattform „Informationen zur Deutschen Außenpolitik“ (www.german-foreign-policy.com) in Beiträgen vom 8. und 13. Januar 2016 hin. Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) etwa werfe Moskau eine „neo-imperiale Aggression“ gegen Osteuropa vor und fordere eine Wiederbelebung der Strategie der „nuklearen Abschreckung“. Die Idee einer atomwaffenfreien Welt müsse als „unrealistisch“ betrachtet werden, heißt es – schließlich sei es „nicht der primäre Daseinszweck einer Nuklearwaffe, abgerüstet zu werden“. Ähnlich äußere sich auch die regierungsnaher Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Hier wende man sich insbesondere gegen ein von einer Arbeitsgruppe der Vereinten

Nationen gefordertes generelles Atomwaffenverbot. Ein solcher „Verbotsvertrag“ stehe „im Widerspruch zur Rolle der Nato als ‚nukleare Allianz‘“, heißt es. „Denkbar“ sei vielmehr, dass „konventionelle und nukleare Fähigkeiten stärker verknüpft“ und Kernwaffen künftig verstärkt „in Übungsszenarien einbezogen“ werden. [1]

Ein führender deutscher Think-Tank fordere zudem verstärkte propagandistische Anstrengungen zur Steigerung der öffentlichen Akzeptanz für Atomwaffen. Die „nuklearen Elemente“ einer Strategie der „Abschreckung“ gegen Russland müssten in der „Kommunikation“ mit der Bevölkerung „wieder sichtbarer“ werden, schreibt die Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Um die „skeptische“ Haltung vieler Deutscher zu Kernwaffen zu kontern, empfehlen die Autoren unter anderem, den „militärisch konnotierten“ Begriff „Abschreckung“ durch „Entmutigung“ zu ersetzen. Zurückgeführt wird die weit verbreitete Ablehnung von Atomwaffen auf eine von Wissenschaftlern und Teilen der westlichen Führungseliten bewusst betriebene „Desavouierung“ des „Abschreckungskonzepts“. Dessen ungeachtet sei es nun an der Zeit, Russland zu vermitteln, dass die NATO im Kriegsfall „tatsächlich Nuklearwaffen einsetzen würde“, heißt es. Wie im vergangenen Jahr (2015) bekannt wurde, haben die USA den Einsatz von Kernwaffen seit dem Ende des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion zumindest einmal erwogen: Nach den islamistischen Terroranschlägen in New York und Washington Anfang September 2001 wurden entsprechende Angriffe auf Ziele in Afghanistan diskutiert. [2]

1. <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59281>
2. <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59284> ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 82,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst • Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frenz-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann †, Dipl.-Ing. Heiner Matthies †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 82,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 8,20, Probeexemplar kostenlos.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2016 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288